

## Sitzung des Stadtrates am 25. Juni 2012

92 Beratungspunkte umfasste die Tagesordnung der letzten regulären Ratssitzung vor der Sommerpause und natürlich wurden die Haushaltsberatungen zum dominierenden Thema dieser Sitzung. So standen zunächst die **Reden der 6 Fraktionsvorsitzenden** zum „Haushalt 2012“ und zum „Haushaltssanierungsplan 2012 – 2021“ auf der Tagesordnung:

**Herbert Mettler** (SPD) lobte zwar die eigenen Vorschläge, 'schoss' aber gegen CDU, FDP und DWG, als ob die SPD in Duisburg in der Opposition wäre. **Petra Vogt** von der CDU stand dem in nichts nach, nur konzentrierte sie sich auf die SPD und die Linken. **Prof. Dieter Kantel** von den Grünen war vollen Lobes für die eigenen Vorschläge. Er betonte, dass der jetzt von Rot-Rot-Grün vorgelegte Plan erstmals eine realistische Chance hätte, genehmigt zu werden (bei dieser Bemerkung vergaß er offenbar, dass die Grünen bereits von 1999 bis 2003 mit der SPD zusammen 'regierten' und von 2004 bis 2009 mit der CDU mehrheitlich den Haushaltsplan der Stadt aufstellten und beschlossen. Und seit dem Jahr 2000 ist - bis heute - bei jeder Aufstellung aller Haushaltspläne in der Stadtspitze Dr. Greulich dabei...). **Hermann Dierkes** von den Linken erklärte, dass der Maßnahmenkatalog der Verwaltung nicht alternativlos gewesen sei. Er listete besonders die Dinge auf, die die Linken ablehnten und sprach sich gegen jede Form der Privatisierung aus, wie vor ihm schon die Sprecher der SPD und Grünen. **Karlheinz Hagenbuck** von der DWG erklärte, dass nun ein Finanzkorsett geschnürt werden müsse, dass alle Bürger spüren werden. Die DWG würde nur sehr wenige Vorschläge der Verwaltung ablehnen.

Unser Fraktionsvorsitzender **Wilhelm Bies** bemängelte die vorliegenden Sparvorschläge von SPD, Grünen und Linken. Er fragte, ob zukünftige Entwicklungen ausreichend berücksichtigt worden seien, wie z.B. Tarifabschlüsse im öffentlichen Dienst, Entwicklungen bei den Arbeitsplätzen, Zinsen und Gewerbesteuererinnahmen. Wilhelm Bies erklärte, dass die FDP einen anderen Ansatz habe, der sich deutlich von dem der anderen Parteien unterscheidet. Er stellte überzeugend dar, dass die **städtischen Gesellschaften „ein Mühlstein am Hals der Stadt“** seien und dass es ohnehin bald zu Privatisierungen kommen muss.

Insgesamt dauerten die **Haushaltsreden** ca. 1,5 Stunden, bis es zu den Abstimmungen über die vorliegenden Anträge kam. Als erstes wurde der gemeinsame Antrag von SPD, Grünen und Linken von eben diesen drei Fraktionen mehrheitlich beschlossen. In diesem Antrag waren bereits sämtliche Vorschläge der Verwaltung angenommen, abgelehnt oder verändert worden, so dass die SPD nun der Meinung war, man müsse über die Anträge aller anderen Fraktionen gar nicht mehr abstimmen, was natürlich heftige Kritik von DWG, CDU und FDP hervorrief.

Die **FDP** hatte auf die in der letzten Sitzung vorgelegte Einsparliste der Stadtverwaltung regiert und **insgesamt 15 alternative Anträge zur Haushaltskonsolidierung** gestellt, deutlich mehr als z.B. die 25köpfige CDU-Ratsfraktion. Alle Vorschläge der FDP gehen von folgender Überlegung aus: Der größte Teil des jährlichen städtischen Defizits besteht nur aus Zinsen für die ständig wachsenden Altschulden, eine Tilgung dieser Schulden findet nicht statt. Wenn diese Altschulden allerdings endlich getilgt würden, würde sich natürlich auch die jährliche Zinslast reduzieren und somit auch das jährliche Defizit. Eine Tilgung der 1,7 Milliarden Euro Schulden wäre aber nur durch große Einnahmen möglich, wie z.B. durch den Verkauf von städtischen Gesellschaften oder Gesellschaftsanteilen. So sollten nach dem Willen der FDP die städtische Wohnungsgesellschaft **Gebag** verkauft werden, der städtische Anteil an den **Stadtwerken**, die **RWE-Aktien**, die sich im Besitz der Stadt befinden, der städtische Anteil an der **Müllverbrennungsanlage**, der städtische Anteil an der **Hafen AG** und der Anteil an den **Wedau-Kliniken**. Außerdem sollte die Erlössumme aus einem **Anteilsverkauf an den Stadtwerken, aus dem Jahre 2001**, in den städtischen Haushalt überführt werden und zur Tilgung der städtischen Schulden herangezogen werden.

Alle genannten **Gesellschaften zahlen keine Dividende an die Stadt** (mit Ausnahme der GMVA), es entgingen der Stadt also bei einem Verkauf auch keine Einnahmen, wie immer als Gegenargument angeführt wird. Dennoch bekamen alle FDP-Anträge nur die drei Stimmen der FDP-Ratsfraktion. Lediglich beim Thema RWE-Aktien und beim Klinik-Verkauf stimmten zusätzlich noch die Dreier-Fraktion der DWG und der 'Einzelvertreter' Ratsherr Happel zu.

Überraschenderweise wurde auch ein **FDP-Antrag** abgelehnt, wonach die **Stadtteilbibliotheken und der Bücherbus** erhalten bleiben sollten. Obwohl sich alle Fraktionen in der Vergangenheit stets für die Bibliotheken und den Bücherbus ausgesprochen haben und immer die besondere Bedeutung dieser Einrichtungen betont hatten, stimmten nun alle, außer der FDP, dagegen.

Die CDU hat als einzigen Einsparvorschlag die Idee eines Beraters der DVV vorgelegt, wonach durch die Gründung einer neuen städtischen Einkaufsgesellschaft ca. 30 Millionen Euro eingespart werden könnten. Diese Idee wurde vor einigen Wochen im Ausschuss ESD vorgetragen, diskutiert und deutlich relativiert. Die Unternehmensberater, die diesen Vorschlag errechnet hatten, haben einige Dinge falsch berechnet oder nicht berücksichtigt, so dass völlig offen ist, ob mit einer neuen städtischen Einkaufsgesellschaft nennenswerte Einsparungen erreicht werden könnten. Insofern wirkte der einzige **CDU-Vorschlag** etwas hilflos und wurde mehrheitlich abgelehnt.

Ebenso wurde mehrheitlich ein Antrag der CDU abgelehnt, der den Titel trug: „**Rettet die Oper** – kein Kahlschlag in der Kultur in Duisburg!“ SPD, Linke und Grüne begründeten ihre Ablehnung damit, dass in ihrem gemeinsamen Antrag schon alles erwähnt und beschlossen wurde, auch die „Rettung der Oper“. Somit wollten nur CDU und FDP ein ausdrückliches Zeichen setzen und stimmten diesem Antrag zu. Auch die DWG stimmte überraschenderweise dagegen. Später beschloss der Rat einstimmig, dass die **Kündigungsfrist für den Gesellschaftsvertrag** der Deutschen Oper am Rhein (DOR) um 3 Monate verlängert werden soll. Alternativ hätte dieser Vertrag nun sofort gekündigt werden müssen.

Auch die **CDU-Anträge** zur Reduzierung des Stadtrates um 2 Mandatsträger (also von 74 auf 72), sowie die Ablehnung der Erhöhung der Grundsteuer und der Gewerbesteuer wurden abgelehnt, obwohl SPD, Linke und Grüne kurz vorher genau dies in ihrem gemeinsamen Antrag auch so beschlossen hatten. Und obwohl die CDU sich bei dem FDP-Antrag zum Verkauf des städtischen Anteils am Klinikum der Stimme enthalten hatte, beantragte die CDU in einem eigenen Antrag nun den Verkauf des Klinikums, weil die Stadt als 51%-Gesellschafter nicht in der Lage sein wird, die bald erforderliche Sanierung des Klinikums von über 100 Millionen Euro zu stemmen.

Auch alle **Anträge der DWG-Fraktion** wurden mehrheitlich abgelehnt, so z.B. ein Antrag, wonach der Zuschuss zur Deutschen Oper am Rhein (DOR) auf 9 Millionen Euro reduziert werden solle, oder die „kulturbezogenen Tätigkeiten“ aus den Bezirksämtern zentralisiert auf die Kulturbetriebe übergehen sollten. Auch die Verdopplung der Gebühren für Bibliotheksausweise und die Erhöhung der Grundsteuer B wurden von allen anderen Fraktionen abgelehnt.

Die Reduzierung der **Aufwandsentschädigungen** für Mitglieder des Stadtrates, wie sie von der Verwaltung vorgeschlagen wurde, wurde nur von FDP und DWG begrüßt, alle anderen Fraktionen lehnten diesen Vorschlag ab. Die von der Verwaltung vorgeschlagene Erhöhung von **Elternbeiträgen für Kindertageseinrichtungen** wurde vom Rat einstimmig abgelehnt, genauso die Kürzung der **Zuwendungen an psychosoziale Hilfsvereine** und die Einstellung des Zuschusses für die **Schwangerenkonfliktberatungsstelle „Haus im Hof“**. Auch wenn sich demnächst wieder einige Parteien (oder Mandatsträger) damit brüsten werden: Keine einzige Fraktion wollte den genannten Vereinen die Zuschüsse kürzen oder streichen.

Letztendlich wurde den Mandatsträgern eine 1,5cm dicke Vorlage zur Kenntnis gegeben, in der alle Einsparvorschläge der Duisburgerinnen und Duisburger abgedruckt waren, die in den vergangenen

Wochen online auf der **Homepage der Stadt** eingegangen sind. Aus den „machbaren“ Ideen sollen in den kommenden Monaten Beschlussvorlagen erstellt und dem Rat vorgelegt werden.

Die FDP-Ratsfraktion hatte weitere Anträge an den Stadtrat gestellt, die aus den Beschlüssen des letzten FDP-Kreisparteitags resultierten. So z.B. die **Reduzierung der Gewerbesteuer**, die **Senkung der Grundsteuer B**, die **Senkung der Hundesteuer** und die Abschaffung der Hotel- oder Bettensteuer. Obwohl sich die CDU eine Stunde vorher gegen eine weitere Erhöhung, der im letzten Jahr bereits erhöhten Gewerbesteuer ausgesprochen hatte, stimmte sie nun einer Senkung dieser Steuer auf das vorherige Niveau nicht zu. Offenbar ist nur die FDP der Meinung, dass eine Gewerbesteuer, die auf dem Niveau von München liegt, in NRW (und besonders im Ruhrgebiet und am Niederrhein) ein falsches Signal an Unternehmer und Investoren ist. Auch der Antrag zur Senkung der Grundsteuer B und zur Hundesteuer bekam nur die Stimmen der FDP. Einzig der beantragten Abschaffung der Übernachtungsabgabe (**Hotel- oder Bettensteuer**) stimmte auch die CDU zu. Alle anderen Fraktionen (SPD, Grüne, Linke, DWG) lehnten diesen Antrag ab.

Bis zur Pause um 18:00 Uhr waren alle haushaltsrelevanten Themen abgearbeitet. Danach standen zwar noch weitere 70 Vorlagen auf der Tagesordnung, die sich aber absehbar kaum mehr für lange Diskussionen eigneten. So nahm der Stadtrat im schnellen Abstimmungs-Rhythmus zahlreiche **Jahresabschlüsse städtischer Gesellschaften** zur Kenntnis und entlastete mit seinen Beschlüssen gleichsam Vorstände, Geschäftsführer und Aufsichtsratsmitglieder.

In zweiter Lesung wurde der Wechsel von **Papier-Beschlussvorlagen auf iPads** (mit Online- bzw. WLAN-Anschluss) als einjähriges Pilotprojekt beschlossen. Allerdings gab es zunächst wieder Diskussionen dazu, ob die Pilot-Teilnehmer (insgesamt 6 Ratsmitglieder aus den 6 Fraktionen) gleichzeitig auch noch alle Vorlagen in Papierform bekommen sollten. Besonders einige Mitglieder von SPD und Grünen taten sich hier als „Bewahrer des guten alten Papiers“ hervor. Letztendlich siegte die Vernunft. Jetzt muss jede Fraktion eine Person benennen, deren Erfahrungen werden dann in einem Jahr zusammen gefasst und dem Rat vorgelegt. Dann erst wird endgültig entschieden, ob und wann ein Wechsel für alle Mandatsträger erfolgen wird. Die Verwaltung hatte auf einen Antrag der FDP hin ausgerechnet, dass sich bei einem Wechsel von Papier auf elektronische Bearbeitung jährlich über 100.000,- Euro einsparen ließen.

Die Einrichtung eines neuen **Bildungsgangs am Berufskolleg** (Mitte) und die Einrichtung von integrativen Lerngruppen, an einer Gesamtschule in Walsum und an einer Hauptschule in Rheinhausen, wurden ebenso kommentarlos und einstimmig beschlossen, wie die sukzessive Auflösung von **4 Hauptschulen** (In den Haesen, Emil-Rentmeister, Ochtrupschule, Schulz-Knaudt-Straße). Hier sind in den vergangenen Jahren einfach nicht genug Anmeldungen eingegangen, um auch nur eine einzige neue Klasse bilden zu können. Die Bezirksregierung schreibt dann als oberste Schulaufsichtsbehörde die Auflösung/en vor – der Stadtrat hat dann keine Alternative.

Unter der Überschrift „**Umsetzung des NRW-Schulkonsens**“, werden dem Stadtrat immer wieder Beschlussvorlagen vorgelegt, wonach einige Schulen im Stadtgebiet für die Einführung der neuen „**Sekundarschule**“ vorbereitet werden, was wiederum Veränderungen bei Räumen und Zügigkeit vieler anderer Schulen nach sich zieht. Da die FDP im nordrhein-westfälischen Landtag als einzige Partei gegen den sogenannten „Schulkonsens“ gestimmt hatte, stimmt die FDP nun auch als einzige Fraktion im Rat der Stadt gegen die Umsetzung dieser Schulform in Duisburg.

Nach Vorlage der Verwaltung soll die **Sittardsberger Allee** in Buchholz aus Lärmschutzgründen, in der Zeit von 22:00 Uhr bis 6:00 Uhr, zu einer Tempo-30-Zone werden. Feuerwehr und DVG sprechen sich jedoch dagegen aus. Die FDP nahm besonders die Bedenken der Feuerwehr sehr ernst, da hier seitens der Feuerwehr detailliert ausgeführt wurde, dass die Sicherheit und die schnelle Erreichbarkeit einzelner Stadtteile dann nicht mehr gewährleistet wären. Auf Nachfrage von **Frank Albrecht** (FDP) hin, bestätigte der für Sicherheit zuständige Dezernent Wolfgang Rabe

die Bedenken der Feuerwehr. Bis auf FDP, DWG und Ratherr Happel setzten sich alle anderen Fraktionen aber über diese Bedenken hinweg und beschlossen die Geschwindigkeitsbegrenzung. Natürlich beschäftigte sich der Rat auch in dieser Sitzung wieder mit zahlreichen Bebauungsplänen und **Flächennutzungsplänen**, die alle kommentarlos und einstimmig beschlossen wurden. Ebenso schnell wurden auch neue Förderrichtlinien für die Duisburger **Sportvereine** beschlossen.

Überraschenderweise kam es dann bei Tagesordnungspunkt 85 zu langen Diskussionen. Der **Anstellungsvertrag des Generalintendanten** der Deutschen Oper am Rhein (DOR), Christoph Meyer, sollte vertragsgemäß bis 2019 verlängert werden. Das aktuelle Dienstverhältnis läuft zwar noch bis zum Juli 2014, es ist aber üblich (und vertraglich so vorgesehen), dass eine Verlängerung des Vertrages bereits zwei Jahre vorher beschlossen werden soll. Zunächst tauchte bei der DWG die (durchaus berechnete) Frage auf, was denn mit diesem Vertrag geschehe, wenn der neue „Opern-Vertrag“ zwischen Düsseldorf und Duisburg doch nicht zustande käme. Die Antwort des zuständigen Dezernenten, Karl Janssen, klang logisch: Da es sich um ein Anstellungsverhältnis der DOR handelt, müsste dann die DOR, entweder allein getragen von Düsseldorf oder mit einem neuen Partner diesen Arbeitsvertrag übernehmen, nicht die Stadt Duisburg. Die Beschlussvorlage sollte zunächst im Kulturausschuss beraten werden, wurde aber kurz vor der Sitzung von der Verwaltung zurück gezogen. Allein dies löste bei einigen Ratsmitgliedern offenbar viele kritische Fragen aus. Stadtkämmerer Dr. Peter Langner erklärte, dass er zunächst die gleiche Frage gehabt habe, wie die DWG sie gestellt hatte und diese zunächst durch das Rechtsamt der Stadt prüfen lassen wollte. Der Rechtsdezernent Wolfgang Rabe bestätigte dies und bestätigte auch die Einschätzung, dass die DOR letztendlich mit dem Anstellungsverhältnis umgehen müsse und nicht die Stadt Duisburg. Als sich die kritischen Stimmen und Fragen mehrten, beantragte die SPD dieses Thema so lange zu verschieben, **bis die Situation der DOR geklärt ist**, „weil man irgendwie das Gefühl hat, dass da irgendetwas nicht stimmt...“, so der SPD-Fraktionsvorsitzende Herbert Mettler. Der Dezernent und der Kulturausschussvorsitzende Frank Albrecht (FDP) warnten eindringlich davor, ein falsches Signal an den Generalintendanten zu senden, das ihn zu „Wechsel-Überlegungen“ anregen könnte. Dennoch stimmten die Kooperationspartner Grüne und Linke dem SPD-Antrag auf „erste Lesung“ mehrheitlich zu (mit Ausnahme von Ratsfrau Leiß/Grüne).

Die Verwaltung hatte eine **Änderung der aktuellen Bezirkssatzung** vorgeschlagen. In dieser Satzung werden die Tätigkeiten und die Kompetenzen der Bezirksvertretungen geregelt. Demnach müssen die Bezirksvertreter bisher auch über sehr viele Bauvoranfragen und Bauanträge im Bezirk entscheiden, wobei es jedoch keinen Ermessensspielraum gibt, denn wenn die gesetzlichen Voraussetzungen für eine Baugenehmigung vorliegen, hat jeder Bauherr auch ein Recht auf eine Baugenehmigung, selbst dann, wenn den Bezirksvertretern das Bauvorhaben nicht gefallen sollte, wie es manchmal vorkommt. Um die wirklich große Zahl der Beschlussvorlagen in diesem Bereich zu reduzieren, schlug die Verwaltung dem Rat nun vor, die Bezirkssatzung dahingehend zu ändern, dass die Bezirksvertretungen zukünftig nicht mehr mit Bauanträgen befasst werden sollten. Allerdings gab es in den Vorberatungen der Bezirksvertretungen unterschiedliche Beschlüsse, von ‚erleichterter‘ Zustimmung über gravierende Änderungsvorschläge bis zur kompletten Ablehnung. Konsequenterweise beschloss der Rat die erste Lesung der Beschlussvorlage, somit müssen sich die Bezirksvertreter vorerst weiter mit ‚zentimeter-dicken‘ Bauanträgen beschäftigen.

Der umstrittene **Verkauf eines städtischen Grundstückes am Wambachsee**, gegen den eine Bürger-Initiative bereits einige tausend Unterschriften gesammelt hat, und zu dem eine Bürger-Eingabe gemäß §24 der Gemeindeordnung NRW vorlag, wurde auf Antrag der SPD auf die nächste Ratssitzung im September verschoben.

Eigentlich sollte dies die letzte Sitzung des Stadtrates vor der Sommerpause sein, es wird aber am 4. Juli noch zu einer Sondersitzung kommen, in der der neu gewählte Oberbürgermeister vereidigt werden soll und die Bebauungspläne zur „Duisburger Freiheit“ (Möbel Höffner / Krieger) und zum „Zeusgelände“ (Meiderich, Möbel Ostermann) beraten werden sollen. Die nächste reguläre Ratssitzung ist erst wieder am 24. September geplant.